

Kleine Anfrage

**des Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen) und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Bundesweite Fahrplanauskunft zum öffentlichen Verkehr mit Bahn und Bus

Während Autofahrer hinsichtlich ihrer Informationsbedürfnisse mit hervorragenden Straßenkarten und einer Fülle von Straßenschildern versorgt sind, gibt es für Nutzer von Bahn und Bus erhebliche Informationsdefizite.

Als positive Entwicklung der letzten Jahre ist die bundesweite Telefonnummer 1 94 19 für Fahrplanauskünfte im Schienennetz der Deutschen Bahn AG zu nennen. Schon die Elektronische Fahrplanauskunft (EFA) verschiedener Verkehrsverbünde ist jedoch weit weniger bekannt und zu Stoßzeiten oft schlecht erreichbar (ebenso wie das in wenigen Städten geschaffene Auskunftstelefon unter der Nummer 1 94 49). Die in den vergangenen Monaten vor allem im Bereich der Hauptbahnhöfe aufgetauchten Informationsterminals reichen im Hinblick auf das Informationsbedürfnis zu Stoßzeiten nicht aus und sind zudem durch relativ hohe Ausfallquoten, insbesondere beim Ausdruck der gegebenen Informationen, sowie durch Handhabungsprobleme für große Bevölkerungskreise gekennzeichnet.

Die größten Informationsprobleme tauchen bei Urlaubsreisen zu Orten auf, die nicht schienenerschlossen sind: Über die weiterführenden Regionalbuslinien Informationen zu erhalten setzt erhebliche „Spitzfindigkeit“ beim potentiellen Nutzer voraus (Anrufe über Fremdenverkehrsämter, Telefonauskunft, Herausfinden fahrplankundiger Auskunftspersonen usw.). Das Verkehrsangebot zwischen der letzten Bahnstation und dem Zielort sowie das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel am Zielort sind in der Regel nicht bekannt, und sie werden infolgedessen meist erheblich schlechter eingeschätzt, als sie gegebenenfalls sind. Schon den Namen des zuständigen Regionalbusunternehmens herauszufinden stellt eine erhebliche Hürde für den potentiellen Nutzer des öffentlichen Verkehrs dar.

Informationen über Fahrtmöglichkeiten mit Bus und Bahn sind aber einer der zentralen Schlüssel, um die Bereitschaft zum Umsteigen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel zu fördern. Angesichts weitgehend fehlender Informationssysteme bedarf es

offensichtlich eines regelrechten Innovationssprunges. Vorbildlich ist die „openbaar Vervoer Reiseinformatie (OVR)“ in den Niederlanden, die landesweit unter der Nummer 06-92 92 erreichbar ist und binnen 30 Sekunden die schnellste Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen zwei Adressen herausfindet. Auch in Österreich sowie in der Schweiz gibt es landesweite Auskunftssysteme. Deutschland hinkt hinsichtlich Auskunftssystemen im öffentlichen Verkehr offensichtlich der Entwicklung hinterher.

Wir fragen vor diesem Hintergrund die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung vergleichend das bundesweite Informationsangebot für Autofahrer und für die Nutzer von Bahn und Bus?
2. Welche Kosten entstehen dem Staat jährlich für die Ausschilderung der Straßen (nur Wegweiser), und welche staatlichen Ebenen tragen die Kosten für diese Informationen?
3. Sieht es die Bundesregierung als sinnvoll an, die Auskunftssysteme des öffentlichen Verkehrs zu verbessern, und inwieweit bestehen Überlegungen, sich dabei auch finanziell – ähnlich wie beim Straßenverkehr zugunsten des Autoverkehrs – zu engagieren?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die massive Benachteiligung aller öffentlichen Verkehrsbetriebe einschließlich der DB AG, die darin besteht, daß sie für die Information ihrer Kunden sorgen und sich finanziell engagieren müssen, während der Autofahrer mit Straßenwegweisern und Verkehrsfunk, finanziert durch staatliche Ausgaben, bestens versorgt wird?
5. Welche konkreten kurzfristigen Maßnahmen plant die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß seit kurzem durch den Wegfall der Buskursbücher an den Schaltern der DB AG keine Auskünfte im Regionalbusbereich mehr zu erhalten sind?
6. Gibt es zu dieser Problematik Initiativen der Bundesregierung, bzw. was ist lang-, mittel- und kurzfristig geplant, um dem Nutzer von Bahn und Bus mehr und bessere Informationen zur Verfügung zu stellen?

Welche Initiativen auf Länder-, regionaler und kommunaler Ebene sind der Bundesregierung bekannt, und wie bewertet sie die vermutlich häufige Parallelarbeit aufgrund des Fehlens gegenseitiger Abstimmung?

7. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Einrichtung öffentlicher Auskunftssysteme zum öffentlichen Verkehr eine ganz hervorragende Maßnahme zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist und daß die bereits erwähnte vorbildliche „openbaar Vervoer Reiseinformatie (OVR)“ in den Niederlanden trotz sehr weitgehender Computerunterstützung derzeit über 400 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt?

8. Welche konkreten Maßnahmen zur besseren Information der Fahrgäste des öffentlichen Verkehrs hält die Bundesregierung für sinnvoll, und in welchem Zeitraum werden diese Maßnahmen zu nachhaltigen Verbesserungen führen?

Über welche technischen Voraussetzungen müssen ggf. die Nutzer entsprechender Systeme verfügen (nur Telefon, PC, Datenvernetzung), welche Kosten – insgesamt und individuell – werden entstehen, und wie soll die Information solcher Bevölkerungskreise erfolgen, denen die Nutzung moderner Informationssysteme schwerfällt (z.B. computerunvertraute ältere Menschen)?

9. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung gegenwärtig, um Anwendungen der Telematik speziell für die Nutzer des öffentlichen Verkehrs zu fördern, so daß im technisch durchaus machbaren Extremfall jedem Bahn- und Busnutzer eine ständige bundesweite Fahrplanauskunft mittels kleiner, ständig mitführbarer Geräte zur Verfügung steht?
10. Während der Autofahrer derzeit über ein hervorragendes Angebot an Straßenkarten verfügt, gibt es nur ein ganz schmales Segment von Karten für den öffentlichen Verkehr, die sich weitgehend auf bundesweite Schienenverbindungen und Schnellverkehrsverbindungen in Verkehrsverbünden beschränken. Hält die Bundesregierung die Herausgabe von Karten für Bahn- und Busnutzer für sinnvoll, und wäre sie angesichts des noch weitgehenden Fehlens solcher Angebote bereit, die Herausgabe solcher Karten in einer Markteinführungsphase finanziell zu fördern?

Bonn, den 29. Juni 1995

Albert Schmidt (Hitzhofen)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

